

Der Deckel muss weg!

Erpressungen zurückweisen!

Die DKP Minden ist solidarisch mit dem Ringen der Beschäftigten um ein Krankenhaus, das in kommunaler Trägerschaft ist. Das Gesundheitswesen muss als öffentliche Daseinsvorsorge für die Bevölkerung erhalten bleiben – deshalb müssen die Krankenhäuser finanziell gestärkt werden!

Seit 1993 ist die Finanzierung der Krankenhäuser an die Grundlohnsumme gekoppelt. Dieser „Deckel“ führte in den letzten 15 Jahren dazu, dass die Krankenhäuser massiv unterfinanziert sind.

Sie werden von einer Politik, die sich fälschlicherweise Gesundheitspolitik nennt, systematisch in den Ruin getrieben. Einen Ausgleich für die steigenden Energiepreise, für die erhöhte Mehrwertsteuer oder die berechtigten Lohnerhöhungen der Beschäftigten gibt es nicht. Die neu eingeführte Abrechnung in Form von Fallpauschalen setzt die Kliniken zusätzlich unter Druck.



Ein Drittel aller Krankenhäuser schreibt bereits rote Zahlen und es werden immer mehr. Diese Unterfinanzierung hat einen Sinn: Der Druck auf die Arbeitsbedingungen, auf die Löhne und Gehälter soll erhöht werden. Die Lohndrückerei stellt dann die Vorbereitung zur Privatisierung dar. Sie wird von der Politik oft als „einziger“ Ausweg aus der Finanzsituation verfolgt. Das Gesundheitswesen soll noch stärker zu einem Tummelplatz für Profitheie gemacht werden.

Der Neubau des Klinikums war einst mit dem Versprechen verknüpft, danach kein Defizit mehr zu haben und keine Zuschüsse mehr zu brauchen. Schon diese Rechnung war mehr als zweifelhaft. Denn es galt nun neben der Finanzierung des laufenden Betriebes auch noch die Zinsen für die Kredite aufzubringen.

Nun entsteht in diesem Jahr eine Rekord-

Finanzlücke von 20 Millionen Euro. Die Geschäftspolitik der Mühlenkreiskliniken, Planung und Durchführung des Neubaus und des Umzuges werfen viele Fragen auf. Aber als besonders dicker Brocken erweisen sich die Kreditzinsen und Tilgungen für den Neubau. Sie sind nun auf einen zweistelligen Millionenbetrag angeschwollen.

Ausgerechnet die Beschäftigten sollen nun zur Ader gelassen werden. Sie aber sind für die entstandenen Probleme am allerwenigsten verantwortlich.

Sie haben bereits durch den Stellenabbau der vergangenen Jahre eine enorme Arbeitsverdichtung erleben müssen. Die Ausgliederung in Service-Gesellschaften war mit schmerzhaften Lohneinbußen verbunden. Dem Einsatz der Beschäftigten ist es zu verdanken, dass der Umzug mit nicht noch mehr Problemen verbunden war,

Der Unterfinanzierung zu entkommen ist auf rein betrieblicher Ebene nicht zu schaffen. Da hilft kein „Verzicht“.

Ausgerechnet die Banken drängen auf ein erneutes Sanierungskonzept. Sie waren es, die dem Träger der Kliniken, dem Kreis Minden-Lübbecke, abenteuerliche Zinswetten aufdrängten. Ihre gewonnenen Zinswetten sind nun die neuen Haushaltslöcher des Kreises. Und die wiederum erschweren es, die Verluste der Kliniken auszugleichen.

Es sind dieselben Banken, denen die Regierung mit unseren Steuergeldern einen goldenen Schirm verpasst, nachdem sie sich im großen Finanzroulette verzockt haben.

Weil sie derzeit in einer Kreditklemme stecken, geizen die Banken nun mit neuen Krediten. Sie drohen mit einer Kreditsperre. Das ist eine unverantwortliche Erpressung!

Wir sagen: Gesundheit ist keine Ware! Gesundheitsfürsorge darf nicht dem Profit unterstellt werden!

Daher fordert die DKP Minden:

- Ein bedarfsgerechtes Gesundheitswesen, das den Zugang für alle Menschen zu bestmöglicher Gesundheitsvor- und -fürsorge gewährleistet!
- kein weiterer Personalabbau, sondern Einstellung von qualifizierten Fachkräften!
- Das Gesundheitswesen und insbesondere die Krankenhäuser brauchen mehr Geld!
- Das Land NRW muss wieder seinen Verpflichtungen nachkommen und Zuschüsse für den Bau und die Unterhaltung von Krankenhäusern zahlen!
- Keine Privatisierung!
- Die Erpressungsaktion der Banken muss zurückgewiesen werden!
- Überführung der Banken in gesellschaftliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle! Das Grundgesetz muss jetzt angewandt werden! (Artikel 14 – Eigentum verpflichtet – und Artikel 15 – Vergesellschaftung)

Dann wäre es möglich, den gesellschaftlichen Reichtum in die Bereiche zu lenken, die gesellschaftlich nützlich sind.

Der als „Rettung“ ausgegebene Versuch, die Kosten der Finanzkrise auf die Allgemeinheit abzuwälzen, muss bekämpft werden. Für die Folgen müssen jene aufkommen, die die Finanzkrise verursacht und in den vergangenen Jahren gigantische Profite mit dem bisherigen Finanzsystem eingestrichen haben! Das sind die Finanzkonzerne, die Fonds und die Superreichen. Allein die fünf Großbanken Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank, Hypo-Vereinsbank und Postbank machten 2007 einen Gewinn von über 15 Milliarden Euro.

Eine massive Besteuerung großer Vermögen macht es möglich, die Städte und Gemeinden zu entschulden und das Gesundheitswesen ausreichend zu finanzieren. Ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm und die Ankurbelung der Massenkauftkraft können helfen, die Folgen der beginnenden Wirtschaftskrise zu mildern.

Würde man die 800.000 Millionäre in Deutschland mit einer fünfprozentigen Millionärssteuer belegen, kämen jährlich 100 Milliarden Euro zusammen.



Die großartige Demonstration der Beschäftigten im Gesundheitswesen am 25. September in Berlin mit 135 000 Teilnehmern kann nur der Auftakt für entschiedenere bundesweite Aktionen gewesen sein. Das Argument, es ist kein Geld da, erweist sich mit den milliarden schweren Rettungsaktionen für die Banken als Lüge.

DKP Minden www.dkp-minden.de

V.i.S.d.P.: G. v. d. Ahe, Brahmweg 11, 32427 Minden

The DKP logo consists of a stylized hammer and sickle symbol above the letters 'DKP' in a bold, sans-serif font.